

Danziger Zeitung.

Nº 17241.

1888.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Insertate kosten für die sieben gespaltenen gewöhnlichen Schriftseile oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 24. August. (Privatelegr.) Bezuglich der Version der „Röhl. Ztg.“ über die Frankfurter Kaiserrede schreibt die „National-Zeitung“: Wie gerüchtweise verlautet, stützt sich dieselbe auf eine angebliche Auskunft des Kaisers gegenüber seiner Umgebung unmittelbar nach der Rede. Die „Röhl. Ztg.“ führt aus, die Reise Crispis hänge mit der Massaua-Angelegenheit nicht zusammen. Deutschland kümmere sich um die Frage nicht, welche den Frieden zu stören nicht geeignet sei.

Petersburg, 24. August. (W. T.) Einer Meldung aus Drenburg zufolge sind dort über tausend, größtentheils von Handwerkern und Arbeitern bewohnte Häuser abgebrannt. Gegen 10 000 Personen sind obdachlos.

Washington, 24. August. (W. T.) Präsident Cleveland übersandte dem Kongress eine Botschaft, welche besagt, die bedauernswerte Ablehnung des amerikanisch-canadischen Fischereivertrages nötige ihn, von dem Congresse Vollmachten zu verlangen und entschiedene Repressalien gegen Canada zu ergreifen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 24. August.

Die Ministerzusammenkunft und die italienisch-französische Spannung.

Wenn Regierungen die soeben zwischen ihnen gewechselten Noten der Deffensitlichkeit unterbreiten, so ist dies ein sehr bedenkliches Symptom und ein Zeichen von sehr gespannten Beziehungen. Kein Geringerer als der Meister auf dem Gebiete der äußeren Politik, der Fürst Bismarck, hat einmal eine dahin gehende Auskunft gegeben. Zwischen Frankreich und Italien stehen die Dinge nunmehr so, daß jenes Symptom offenkundig vorhanden ist. Crispis Note an Goblet ist sofort der Deffensitlichkeit übergeben worden, und das gleiche soll mit der Antwort geschehen, zu welcher sich der französische Minister des Außenwesens anschickt. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Nachricht von der durch den französischen Marineminister angeordneten Verstärkung des französischen Mittelmeergeschwaders ziemliches Aufsehen und allerlei bedenkliche Deutungen erzeugt haben; und nichts ist ferner natürlicher, als daß man vielfach die Reise des italienischen Ministerpräsidenten Crispis nach Friedrichsruh mit dieser französisch-italienischen Spannung in Zusammenhang gebracht hat. Dies geschieht jetzt selbst von deutscher offizieller Seite. So schreiben die Berliner „Politischen Nachrichten“:

„Wenn erste Staatsmänner auf politische Reisen gehen, so werden sie dazu gemeinhin durch Gründe triftigster Art bewegen. Der Besuch, welchen der italienische Ministerpräsident eben in Friedrichsruh abstattete, würde daher unter allen Umständen als ein Ereigniß ersten Ranges betrachtet werden müssen, selbst wenn die Beziehungen des Apenninkönigreiches zu den benachbarten französischen Republik minder gespannt wären, als man angesichts des sich anhäufenden Conflictofisses zwischen den beiderseitigen Regierungen anzunehmen nicht umhin kann. Es kommt hinzu, daß der aus diesem Anlaß in Thätigkeit gesetzte diplomatische Apparat ebenfalls umfanglich genug ist, um den Schluss nahe zu legen, daß es sich im gegenwärtigen Augenblick für Italien um die Bewältigung nicht gewöhnlicher Aufgaben handelt, aufgeben, an deren Lösung Italien weniger für eigene Rechnung, wie vielmehr namentlich auch in Ansehung seiner Eigenschaft als integrierender Bestandteil des mittel-europäischen Friedensbundes herantritt. Wenn französische Blätter behaupten, daß der deutschen Politik die Vorgänge, welche sich am Rüstsäume des Roten Meeres abspielen, im Grunde herlich gleichgültig seien, so mögen sie in abstracto wohl nicht ganz unrecht haben. Aber wenn Bestrebungen, die sich in gesellschaftlicher Schädigung des internationalen Credits der italienischen Politik gefallen, bei der Massauafrage den Hebel ansetzen, um Italiens legitime Machtposition unter dasjenige Niveau herabdrücken, welches dieser Staat unbedingt festhalten muß, im Falle er auf den Anspruch bzw. auf den benötigten Spielraum normaler Fortentwicklung nicht überhaupt Verzicht leisten will, dann fragt sich's immerhin noch sehr, ob das chronische Jerrwürfnis, welches an die Stelle des zwar kühlen, aber doch wenigstens correcten früheren Nebeneinanderlebens von Italienern und Franzosen leider getreten ist, von den Politikern des mitteleuropäischen Friedensbundes ohne weiteres als quantitatively negligible behandelt werden kann. Denn dieser Bund rechnet nicht nur mit der Gegenwart, sondern ebenso sehr auch mit der Zukunft und hält es für die Zwecke, denen er seine Thatkraft widmet, ererblicher, Schätzlingskriege, die sich binnem kürzerer oder längerer Frist zu ernsteren Gefahren für den Bestand des Völkerfriedens auswachsen könnten, bei Zeiten zu analysieren, statt sie sich fesseln zu lassen. Herr Crispis ist am besten in der Lage, den Stand der Dinge zu beurtheilen, und er hat seinen Ausflug nach Norden gewiß nicht ohne die feste Zuversicht angetreten, daß derselbe von wohlthätigem Einflusse auf die politische Action Italiens und damit auf die internationale Conjuratur überhaupt sein werde.“

Die italienisch-französische Auseinandersetzung über Massaua hat mittlerweile ihren Fortgang genommen. Gestern kam der Präsident Carnot

von seiner Sommerresidenz in Fontainebleau nach Paris und präsidierte einer Sitzung des Ministerrathes. In derselben gelangte die Antwort Goblets auf die lehre Note Crispis in der Massauaangelegenheit zur Verlesung. Der Ministerrath erklärte sich mit derselben einverstanden. Das „Journal des Débats“ will wissen, die Antwortnote Goblets bekränzt sich auf eine Widerlegung der Italienscheite aufgestellten Theorien und sucht durch den Wortlaut der Verträge und durch Präcedenzfälle nachzuweisen, daß es in keiner Weise zu treffend sei, daß internationale Conventionen durch die Thatache einer militärischen Besitzergreifung ipso facto aufhörten. Massaua anlangend, so ergebe sich aus den diplomatischen Schriftstücken Italiens selber, daß Italien im Anfang die Anwesenheit seiner Truppen in Massaua als eine einfache Occupation angesehen habe. Nicht Frankreich sei es, das der Frage eine weitere Ausdehnung habe geben wollen. Frankreich habe vielmehr bezweckt, dieselbe durch gegenseitige freundschaftliche Erklärungen zur Lösung zu bringen, der Minister Italiens sei es, der die Frage vor die Mächte gebracht habe. Jetzt liege die Frage der Pforte vor, es sei daher überflüssig, die Discussion darüber zu verlängern. — Einer anderweitigen Meldung der „Pol. Corr.“ zufolge schließt Goblet seine Note mit dem Bemerkung, daß Frankreich je nach dem Ergebnisse der über die Angelegenheit zwischen Italien und der Türkei stattfindenden Erörterung seinen Consul in Massaua belassen oder abberufen werde. Die Note soll, wie schon oben bemerkt, veröffentlicht werden, sobald alle Mächte den Eingang derselben bestätigt haben.

In Wien ist die Beurtheilung der Conferenz Crispis mit dem Reichskanzler in Friedrichsruh eine verschiedenartige. Die „Neue Freie Presse“ meint gleichfalls, Crispis Reise hänge mit dem Streite zwischen Italien und Frankreich über Massaua zusammen. Offenbar wolle Herr Crispis sich vergewissern, wie weit er gehen dürfe. Aus der Sprache beglaubigter deutscher Organe könne man schließen, daß Deutschland seinen italienischen Verbündeten stützen will. Auch die „Wiener Allg. Zeitung“, welche zunächst meint, daß unter gewöhnlichen Umständen die Reise Crispis kaum eine erhöhte Beachtung gefunden hätte, schreibt sodann:

Durch die Verschärfung, welche der italienisch-französische Gegensatz in Folge der Vorgänge in Massaua erfahren, gewinnt aber die Zusammenkunft Crispis mit dem Fürsten Bismarck ein besonderes Interesse. Wir sehen nicht nur Deutschland Partei für Italien ergriffen, sondern man nimmt in Berlin die Gelegenheit wahr, das Unrecht, in welchem sich Frankreich Italien gegenüber befindet, möglichst scharf zu markiren. Die Sprache der „Nord. Allg. Ztg.“ bekundet auch den offenen Gegensatz, in welchem sich Deutschland Russland gegenüber, das sich in der Massaua-Angelegenheit auf die Seite Frankreichs gestellt, befindet. Man empfindet in Berlin eben angesichts des wieder in Frankreich überwuchernden Chauvinismus die Nothwendigkeit, die Franzosen an die Tripel-Allianz und an die Verpflichtungen zu erinnern, die Deutschland Italien gegenüber eingegangen“.

Ganz anders urtheilt jedoch die mit den österreichischen Regierungskreisen in Fühlung stehende „Prese“. Dieselbe glaubt, daß die Reise jeder aktuellen Bedeutung entbehre. Dieselbe wäre jedenfalls erfolgt und es sei unzulässig, sie mit der afrikanischen Politik Italiens allein in Zusammenhang zu bringen. Sie bezwecke allem Anschein nach einen Gedankenaustausch über die Ereignisse des vergangenen Jahres. Die Reise sei zugleich ein Beweis dafür, daß Italien auf das Bündnis mit Deutschland großen Werth lege. Dieses Bündnis habe denn auch Italien, wenn schon nicht territoriale Erweiterungen, so doch bedeutende diplomatische Erfolge verschafft.

Welche von den verschiedenen Auffassungen über die Ministerzusammenkunft die richtige ist, muß abgewartet werden. Jedenfalls sind die Angaben, welche die bulgarische Frage zum Mittelpunkte der Conferenz machen wollen, hinfällig. Auswärtige Blätter sprechen sogar von dem in Friedrichsruh discutirten Plane eines europäischen Congresses beabsichtigt Ausgleichung der bulgarischen Angelegenheit. Aber man weiß demgegenüber, schildert unser Berliner Correspondent, auf das ausgesprochene Vorurtheil oder auf die offene Abneigung des Fürsten Bismarck gegen Congresse hin, abgesehen davon, daß man in Berlin bezüglich der bulgarischen Frage bei aller Bereitwilligkeit, „die congressmäßigen Ansprüche Ruslands zu unterstützen“, die Initiative Ruslands zu erwarten entschlossen ist. Die Congressidee also durfte von den Besprechungen in Friedrichsruh ganz ausgeschlossen sein. Es ist bekannt, daß man sich in den höchsten Regionen mehr oder weniger vorübergehend mit dem Gedanken an eine Monarchenkonferenz in Berlin beschäftigt hat, wie sie sich nach den vorstehenden Besuchen des deutschen Kaisers an den Höfen zu Wien und Rom wohl ergeben könnte. Allein auch hier handelt es sich nur um Ansichten oder Wünsche, die jedensfalls noch weit davon entfernt sind, greifbare Gestalt zu gewinnen. Ob derartiges in Friedrichsruh zur Sprache gekommen sein mag, entzieht sich selbstverständlich näherer Kenntnis.

Eine Wendung in Sicht?

Die „National-Ztg.“ hat, wie bereits telegraphisch mitgetheilt worden ist, eine Erörterung über die gestern erwähnten Auslassungen der „Kreuz-Ztg.“ zu der angeblich bereits erfolgten Berufung des Marburger Archäologen Harnack an die Berliner Universität mit der etwas mysteriös klingenden Ankündigung geschlossen, daß binnen kurzem eine aus der eigensten Initiative des Kaisers hervorgegangene Schrift bekannt werden

dürfe, welche die unbefangene Stellung des Monarchen zu der Gesamtheit der inneren Politik darthun werde. Darnach hat es den Anschein, als ob sich im stillen eine Wendung vorbereite, welche, wenn man den Anlaß der Andeutung in der „National-Ztg.“ in Betracht zieht, nur gegen die Freunde der „Kreuz-Ztg.“ gerichtet sein dürfte. Das fühlt niemand in dem Maße aus den Worten der „Nat.-Ztg.“ heraus, wie das Organ des Herrn v. Hammerstein selbst, das gegenüber so bestimmten gehaltenen Worten das sonst bei ihm gewohnte Selbstbewußtsein verloren hat und es nicht mehr unternimmt, die Richtigkeit jener Ankündigung zu bestreiten. Die „Kreuz-Ztg.“ weiß in dieser übeln Lage nichts besseres zu thun, als zum Überfluss festzustellen, daß die „Nat.-Ztg.“ diese wichtige Mittheilung nicht von allerhöchster Stelle erhalten haben könnte, sondern nur von derjenigen Seite, zu deren Gunsten jene Schrift zu erwarten ist.

Unser Berliner Correspondent bemerkt hier: Auch andere Momente weisen darauf hin, daß demnächst etwas geschehen werde, was eine Klärung der Lage und des Verhältnisses zwischen den Parteien in Folge haben werde. Dazu darf man wohl auch die Weigerung des Hrn. v. Bennigsen, wiederum ein Mandat für das Amt des Generalstaatssekretärs anzunehmen, rechnen. Hr. v. Bennigsen hat seine bezüglichen Entschließungen zweifellos auch bis zu dem Augenblick verzögert, wo diese wünschenswerte Klärung und Wendung einen unzweideutigen Ausdruck in der Deffensitlichkeit gefunden hat. Vielleicht geht man nicht fehl mit der Annahme, daß der vom Kaiser beabsichtigte Schritt seine Spitze gegen die Orthodoxie richten werde. Wenn man sich der Gerüchte erinnert, welche über die kirchliche Stellung des Kaisers von gewisser Seite mit gutem Grunde in Umlauf gesetzt wurden, so muß gerade die Bemerkung der „Nat.-Ztg.“, daß der in Aussicht stehende Schritt die unbefangene Stellung des Monarchen darthun werde, diese Annahme bestreichen. Herr Götsche, der bekanntlich zu Lebzeiten Kaiser Friedrichs als Hofprediger nicht fungierte, schien sich für die offenkundige Mischarbeit, die ihm seitens Kaiser Friedrichs zu Theil geworden war, dadurch entschädigen zu wollen, daß er kürzlich den Kindern des gegenwärtigen Kaisers in Oberhof einen Besuch abstattete. Es ist über dieses Ereignis, als es hier bekannt wurde, viel gesprochen worden, und vielfach gab man der Verwunderung über diese Eigenmächtigkeit des Herrn Hofpredigers unumwunden Ausdruck, zumal der letztere den Aufenthalt in Oberhof zu einer zwanglosen Conferenz mit einigen Amtsbrüdern der Umgegend benutzt hatte, die lärmender und geräuschausser verlaufen waren, als dies sonst bei derartigen Anlässen üblich ist.

Es wird hier mit großer Bestimmtheit versichert, daß das Erstaunen über den Besuch des Herrn Götsche in Oberhof im Marmorpalais ganz getheilt werde und daß Anordnungen getroffen seien, welche Herrn Götsche die Wiederholung derartiger Eigenmächtigkeiten zur Unmöglichkeit machen. Das ist allerdings für den Herrn Hofprediger und alle diejenigen, die zu seiner Fahne halten, ein schwerer Schlag und ein nicht miszuverstehender Wink, der an Deftlichkeit noch dadurch gewinnt, daß Herr Götsche unter Wilhelm II. bisher den gleichen Grad von Beachtung genießt, wie unter seinem verstorbenen Kaiser; auch von Kaiser Wilhelm II. ist Herr Götsche seither nicht empfangen worden.

Zur Landgemeindeordnung.

Ein freiconservative Blatt, der „Hamb. Corr.“, ermahnt die Conservativen, die Frage der Landgemeindeordnung nicht länger zurückzuweisen und die Hinweisung auf die Dringlichkeit derselben nicht den Liberalen allein zu überlassen. Der „Hamb. Corr.“ erkennt an, was von manchen conservativen Organen noch immer bestritten wird, daß die Landgemeindeordnung die Voraussetzung der Ueberweisung der Realsteuern etc. sei. „Bevor nicht!“ — schreibt das Hamburger freiconservative Blatt — „die selbständigen Gutsbezirke und Zergemeinden der östlichen Provinzen zu leistungsfähigen kommunalen Gebilden zusammengefäßt sind, ist weder eine gleichmäßige und befriedigende Ordnung der Communalbesteuerung, des Schul-, Wege- und Armenwesens möglich, noch kann mit der Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuern an die Gemeinden der Anfang gemacht werden. Die Anläufe, welche in der letzten Landtagssession nach dieser Richtung gemacht sind, scheiterten gerade an diesem Punkte.“ Der „Hamb. Corresp.“ ermuntert alsdann die Großgrundbesitzer, sich gegen die Zusammenlegung mit den Gemeinden nicht zu mehren; dadurch würde ihr Einfluß wesentlich größer und gefürchtet werden. Von einer Wiederholung der Gemeindeordnung von 1850 könnte keine Rede sein. Es heißt alsdann weiter: „Wir haben den Gedanken angeregt, sich mit der kommunalen Zusammensetzung von Gutsbezirken und Gemeinden zu Trägern bestimmter großer communaler Aufgaben, in erster Linie des Volks-schulwesens, zu begnügen. Damit würde den befreitigen Bedenken die Spitze abgebrochen werden, welche in den Kreisen der Großgrundbesitzer wie namentlich innerhalb der conservativen Partei der Gedanke einer mechanischen Integraleinsicht der Gutsbezirke in die Lokalgemeinden erregt und erregt muss.“

Nach der Meinung des freiconservativen Hamburger Blattes soll mit einem Gesetz über die Schulunterhaltungspflicht begonnen und damit nach dem Vorbilde der Schulverbände der Provinz Preußen die Bildung der neuen Landgemeindeverbände, und zwar unter wesentlicher

Mitwirkung der höheren Selbstverwaltungsorgane verbunden werden. Erleichtert würde die Maßregel wesentlich, wenn sie mit der von dem Finanzminister v. Scholz in Aussicht gestellten weiteren Dotirung der Schulstellen verbunden würde.

Wir wollen abwarten, ob der „Hamb. Corr.“ bei den Conservativen für diesen Vorschlag Gegenliebe finden wird. Im Abgeordnetenhaus haben bekanntlich die Conservativen bisher diesem Plan widersprochen.

Schutzzollsgesetz.

Die Ueberzeugung, daß die Tage des Schutzzollsystems in Deutschland angesichts seiner bisherigen Wirkungen gezählt sind, wird in manchen Handelskammerberichten für das vergangene Jahr ausgesprochen. So äußert die Handelskammer zu Posen in ihrem soeben erschienenen Jahresbericht bei Besprechung der letzten Getreidezoll erhöhung: „Es wäre erklärlich, wenn angesichts der Uebermacht der schutzzöllnerischen Bestrebungen die Bemühungen dererjenigen Handelskammern, welche für die Grundsätze des Freihandelns oder für ein dem Freihandel sich näherndes Zollsystem eintreten, allmählich etwas erlahmen. In den letzten Jahren ist kaum eine gegen Zollerhöhungen gerichtete Petition abgesandt worden, bei der sich die Verfasser nicht von vornherein sagen mußten, daß ihr Vorstellen erfolglos sein werde. Trotzdem halten wir an der Hoffnung fest, daß die schutzzöllnerische Bewegung in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht hat und über kurz oder lang auch wieder für zollpolitische Maßnahmen in entgegengesetzter Richtung bei den gegebenen Factorien Stimmung sein wird. Nicht als ob wir beweisen, daß die Lust zu weiterer Steigerung unserer Zollsätze in Interessenkreisen erststark sei; im Gegenteil, schon wird in der Presse und in landwirtschaftlichen Versammlungen der gegenwärtig bestehende Schutz der Getreideproduktion für ungünstig erklärt und unter Anklagen, namentlich gegen die russische Zollpolitik, eine Erhöhung der Kornzölle gefordert. Aber die Thatache, daß die bisherigen, bereits zu ungewöhnlicher Höhe gediehenen Getreidezölle den Erfolg, welchen man von ihnen erwartete, durchaus verfehlten, wird voraussichtlich für Regierung wie Reichstag so schwer wiegen, daß sie zur Fortsetzung des wenig versprechenden Experiments, das andererseits, wie wohl niemand in Abrede stellen wird, sociale Gefahren in sich birgt, sich nicht verstehen werden.“

Das neue Genossenschaftsgesetz.

Im Berliner Handwerkerverein für den Westen Berlins hielt vorgestern Abend der Reichstags-Abgeordnete Schröder einen höchst instruktiven Vortrag über das neue Genossenschaftsgesetz. Man berichtet uns hierüber:

Schröder charakterisierte das Gesetz als sehr zweckmäßig und in allen juristischen Beziehungen vorzüglich ausgearbeitet. Allerdings mache sich in gewissen Theilen des Entwurfs ein jetzt in unserer Gesetzgebung verbreitetes Bestreben übermäßiger Bevormundung geltend. Namentlich sei dies der Fall bezüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Revision, der harten Strafbestimmungen und der Übertragung der Auflösung der Genossenschaften von den Gerichten an die Verwaltungsbehörden resp. Verwaltungsgesetz. Die Vorschrift, daß die Genossenschaften künftig einer zweijährigen Revision sich unterwerfen müssen, sei an sich bedenklich, da es sich lediglich um Privatunternehmungen handele, welchen man die Fürsorge für ihre geschäftlichen Interessen selbst überlassen solle. Eine sehr große Anzahl von Genossenschaften habe auch bereits in ausreichender Weise durch die Einrichtung von Revisionen, welche von gewählten Revisoren der Genossenschaftsverbände vorgenommen werden, diese Fürsorge beübt, und es sei zu erwarten, daß auch diejenigen Genossenschaften, welche bisher eine regelmäßige Revision bei sich nicht eingetragen hatten, vorwiegend durch die Rechtsprechung bestimmt werden. Nach dem Gesetz solle die Revision übertragen werden den Verbänden der Genossenschaften durch die Verleihung dieses Rechts durch den Bundesrat, welcher aber in sein Ermessens gestellt ist. Dem Bundesrat werde dadurch und durch die Bevollmächtigung, das verliehene Recht wieder zu entziehen, eine Beaufsichtigung der Verbände eingeräumt, welche in deren Geschäftsführung tief eingreifen könne und deshalb der Entwicklung der Verbände nachtheilig sein würde. Soweit die Revision durch die Verbände nicht zugelassen sei, solle solche durch gesetzlich bestimmte Revisoren stattfinden. Bei diesen sei die Sicherheit, daß sie mit dem Genossenschaftswesen genau vertraut sind, nicht vorhanden, und es dürfe den Genossenschaften nicht zugeschrieben werden, ihre gesamte Geschäftsführung Personen klarzulegen, deren Wahl nicht aus ihrem eigenen Vertrauen hervorgegangen sei.

Unter den zahlreichen Vorteilen des Entwurfs führt der Vortragende besonders an: die Veränderung des Concursversfahrens und die Möglichkeit der Einführung beschränkter Haftung der Genossenschaften. Jede Genossenschaft werde freilich, unter Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse, vorsichtig zu erwägen haben, ob und in welcher Weise sie von der neuen Befugnis Gebrauch machen solle. — Das neue Gesetz sei mit Freuden zu begrüßen; es werde, nach Bekämpfung der angezeigten Mängel, in wesentlicher Beziehung zur Förderung des Genossenschaftswesens beitragen.

Der internationale Binnenschiffahrtscongress in Frankfurt ist gestern geschlossen worden. In der Schlussitzung sprach der Kongreß den Wunsch aus, daß seitens der Regierungen praktische und wissenschaftliche Versuche gemacht werden möchten

behufs Bestimmung der besten Form- und Größenverhältnisse der für die Binnenschiffahrt dienenden Schiffe, sowie der Fortbewegungsmittel, welche am besten den Forderungen der Geschwindigkeit, der Regelmäßigkeit und der Billigkeit entsprächen. Ferner wurde beschlossen, die Frage der Gebühren und Abgaben auf Flüssen, Schiffahrtsanalen und in Binnenhäfen auf die Tagesordnung des nächsten Congresses zu setzen. In die Commission für Statistik wurde nachträglich noch General-Inspector v. Salis für die Schweiz gewählt. Der Secretär des englischen Handelsamtes Courtenay-Bovle (London) beantragte, daß die Fragen betr. die Tariffälle und die vereinfachte Waaren-Klassification auf Wasserstrassen dem nächsten Congress überwiesen würden; zugleich dankte derselbe namens der englischen Regierung für die Einladung zum Congress. Der Antrag wurde vom Congress angenommen. Marshall Stevens (Manchester) lud den Congress für das Jahr 1890 nach Manchester ein. Dieser Vorschlag wurde von Duncan und Vernon Harcourt (London) unterstützt und vom Congress angenommen. Bänches und Delwein (Wien), sowie Fürbringer (Emden) beantragten, der Congress möge der deutschen Regierung seinen Dank aussprechen für die großartige Ausstellung von Plänen und dieselbe ersuchen, die Pläne zu veröffentlichen. Der Antrag wurde unter lebhaftem Beifall angenommen. Ober-Baudirektor Wiebe versprach, diesen Dank und Wunsch dem Minister v. Maybach zu übermitteln.

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften werden ebenso wie die industriellen behufs Benutzung theils bei Ausstellung und Revision der Gefahrentarife, theils beim Erlass von Unfallverhütungsvorschriften Verzeichnisse der innerhalb ihrer Bezirke vorgekommenen entzündungsgefährlichen Unfälle der gezeitlichen Vorschrift gemäß anzufertigen haben. Angestellt der Verschiedenheit der in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften obwaltenden Verhältnisse indestens hat es sich herausgestellt, daß den Bedürfnissen aller Genossenschaften mit einem einheitlichen Formulare für die Verzeichnisse nicht entsprochen werden kann. Die Gestaltung des Unfallverzeichnisses ist deshalb vom Reichs-Versicherungsamt den einzelnen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften selbst überlassen worden.

Boulangers fernere Wahlpläne.

Man durfte darauf gespannt sein, in welcher Weise General Boulanger nach seiner dreifachen Wahl in den Départements Nord, Somme und Charente Inférieure seine antirepublikanische Agitation fortführen würde. Der Exgeneral wird nun, wie der „Nat.-Jtg.“ zufolge verlautet, für das Nord-Département optieren, wozu sich in seinem Namen der Abgeordnete Laguerre für die Dauer der gegenwärtigen Wahlperiode verpflichtet haben soll. Angeblich wird Boulanger auch in keiner Einzelwahl mehr candidiren, falls nicht im Seine-Département ein Mandat frei werden sollte. In diesem Zusammenhange ist von der möglichen Demission des Abgeordneten Michelin die Rede. Sollte dieser Fall eintreten, so würde Boulanger in der Hauptstadt selbst seine Candidatur ausspielen. In den Départements Somme und Charente-Inférieure wird Boulanger zwei Candidaten unterstützen, die sich bedingungslos dem Programme der Verfassungsrevision und Kammerauflösung angeschlossen haben. So wird in der Charente-Inférieure der ehemalige Präfekt Bessand, in der Somme ein gewisser Anjart candidiren. Es wird sich nun zeigen, ob die Bonapartisten und Orleanisten der beiden Wahlkreise das sacraeio d' intellectu bereits soweit gebracht haben, daß sie auch der neuen Lösung des Zukunftsdictators Folge leisten.

Jedenfalls sind dem General Boulanger im Fluge die Schwingen gewachsen. Er erzählt seinem Freunde Chincholle, er gedenke in den allgemeinen Wahlen von 1889 seine Candidatur in allen Départements aufzustellen oder, wo dies aus irgendwelchem Grunde nicht möglich sei, revisionsfreundliche Bewerber vorzuschreiben, und damit der „Gaulois“ neben dem „Figaro“ nicht leer ausgehe, heißt der General einem Mitarbeiter dieses Blattes im Vertrauen mit, er werde nun ganz fürchterlich arbeiten, um für nächstes Jahr einen großartigen und gründlichen Revisionsplan vorzubereiten, und sich nirgends mehr wählen lassen, außer etwa in Paris, wenn ein Vertreter des Seine-Départements ihm den Posten frei ließe.

Die „Ritter der Arbeit“.

Die Blüthe des großen amerikanischen Arbeitervereins der „Ritter der Arbeit“ ist in merklicher Abnahme begriffen. Am 1. Juni 1885 betrug die Zahl der Mitglieder über eine Million, am 1. Juli 1886 war sie bereits auf 729 677 und ein Jahr später auf 548 239 gefallen. Jetzt zählt der Verein, wie der Bericht des gegenwärtig in Philadelphia tagenden Executivausschusses ergiebt, gar nur 348 692 Ritter, von denen 76 366 mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Selbstsamerweise dagegen ist die Mitgliederzahl des weit radikaleren Arbeitervereins der Föderation der Arbeit stetig gestiegen. Letzterem Verein gehören jetzt 700 000 Arbeiter an.

Deutschland.

* [Landesdirektor v. Bennigsen] läßt seine Weigerung — denn darum handelt es sich offenbar —, ein Mandat zum Abgeordnetenhaus anzunehmen, dadurch rechtserklären, daß die von jener bedeutenden Gesellschaft des hannoverschen Landesdirektoriums in neuester Zeit durch die unternommene innere Colonisation in den Emsmooren und manches andere namhaft vermehrten sei. Es heißt dann weiter: „Von hier aus ist Herr v. Bennigsen nicht um guten Tag zu sagen“ (Ausdruck der „Köln. Jtg.“), sondern auf direkte Veranlassung (seitens des Reichskanzlers) und, wie uns ebenfalls zuverlässig mitgetheilt ist, in leidendem Zustande nach Friedrichsruh gereist. Ob dort neben anderen Dingen auch der Wiedereintritt des Führers der Nationalliberalen in das Abgeordnetenhaus, bez. die Ermöglichung desselben in Erwägung gezogen worden ist, erscheint ja sehr wahrscheinlich, muß aber, wie alles, was sonst Gegenstand der Unterhaltung zwischen den beiden Staatsmännern gewesen ist, dahingestellt bleiben. Zur Zeit weißt Herr v. Bennigsen in Mariendorf.“

* [Boccaccios „Dekameron“] hatte gestern vor der dritten Ferienstrafkammer des Berliner Landgerichts I. eine Prüfung mit Bezug auf seinen stilistischen Werth zu bestehen. Ein Berliner Buchhändler hat eine neue Ausgabe des genannten Werkes unter Fortlassung der demselben vorausgeschilderten Vorreden und Erläuterungen veranstaltet und war deshalb wegen Verkaufs einer unzulänglichen Schrift zur Verantwortung gezogen

worden. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, nur die Urtheilsverkündung geschah öffentlich. Aus derselben war zu entnehmen, daß der Staatsanwalt, gestützt auf das Gutachten des als Sachverständiger vernommenen Schriftstellers Dr. Rosenberg, das Schuldt, der Vertheidiger dagegen die Freisprechung beantragt hatte. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Es müsse hervorgehoben werden, daß das Werk durch Fortlassung der Einleitung eine erhebliche Einbuße erleide, und es sei nicht zu leugnen, daß sein stilistischer Werth durch gewisse Kapitel seines Inhalts beeinträchtigt werde; andererseits enthalte es aber so viele tieferste und einen veredelnden Einfluß ausübende Erzählungen, daß es als eine unzulängliche Schrift im Sinne des Gesetzes nicht angesehen werden könne.

* [Das „Deutsche Tageblatt“] bringt heute bereits den zweiten Leitartikel gegen die Abgg. Richter und Richter. Aber auch nicht eine Spur von sachlicher Widerlegung, sondern nichts als allgemeine Schimpfereien befinden sich darin. Der Artikel beginnt:

„Die Gedankenarmuth des Deutschfreisinn offenbart sich so recht deutlich in den jüngsten Aufforderungen seiner beiden Führer, Richerts in Elbing und Richters in Berlin. Wiederholung der alten abgedroschenen Phrasen von der Schlechtigkeit aller Verhältnisse, die sich nicht eher bessern werden, als bis der Deutschfreisinn die Steuerführung des Staatschiffes übernommen hat; viel Reden von Prinzipien ohne eine positive Kennzeichnung (!!) derselben und endlich eine ebenso heuchlerische wie eitle Beherbung losaler monarchischer Gesinnung ohne Beweise für eine Befähigung derselben in einem anderen als negativen Sinne: das ist der gebankte Inhalt jener grossprachlichen Wahlreden, durch welche die Häuplinge im freisinnigen Lager ihre leichtgläubigen Schäfer zum ausharrenden Kampfe und für treue Gefolgschaft zu begeistern suchen. Vergebens schaut man sich nach einer Angabe der positiven Ziele um, welche der Deutschfreisinn sich gestellt hat“ u. s. w.

In diesem Stile geht es weiter. Die Leser des „Deutschen Tagebl.“ erfahren natürlich von dem, was die Redner gesagt haben, kein Wort. Das „Deutsche Tagebl.“ sieht z. B. in der Richterschen Rede die „positiven Ziele“ nicht. Wer blind vor Fuss ist, kann freilich nicht sehen.

* [Erledigung eines Steckbriefes.] Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II macht bekannt, daß der unter dem 16. Juli 1878 von dem damaligen Kreisgerichte zu Berlin hinter den „Redakteur und Schriftsteller Dr. Rudolf Meyer, geboren am 10. Dezember 1829 zu Friedberg, wegen öffentlicher, mittels der Presse begangener Beleidigungen erlassene Steckbrief“ erledigt sei. Der vorstehend genannte ist der conservative Socialpolitiker Rudolf Meyer, der, um den Folgen einiger Bismarck-Beleidigungen zu entgehen, s. 3. Deutschland verließ. Die Erledigung des Steckbriefs ist jedenfalls ein Ergebnis der Amnestie, welche Kaiser Friedrich erlassen hat.

* [Ueberwiegen des weiblichen Geschlechts.] Daß das weibliche Geschlecht unter der Bevölkerung Deutschlands das männliche überwiegt, ist eine bekannte Thatsache, auffällig ist nur, daß dieses Verhältniß sich bei jeder neuen Zählung immer mehr zu Ungunsten des männlichen Geschlechts verschiebt. So befanden sich unter den 46 855 704 Einwohnern, die am 1. Dezember 1885 im deutschen Reiche gezählt wurden, 22 933 664 Personen männlichen und 23 922 040 weiblichen Geschlechts, so daß also letzteres um 988 376 stärker ist als das männliche, oder relativ ausgedrückt, daß auf 100 männliche Einwohner 104,3 weibliche kommen. Dieses Verhältniß wird noch dadurch für die maßgebenden Altersklassen zu Gunsten der Frauen erhöht, daß bei weitem mehr Kinder männlichen als weiblichen Geschlechts geboren werden, z. B. 1886 auf 100 Mädchen 106 Anaben und daß dementsprechend in den unteren Klassen das männliche Geschlecht noch überwiegt, während allmählich in Folge stärkeren Absterbens und Auswanderns der Männer die Frauen in den Altersklassen, in denen das Verhältniß der Geschlechter von erhöhter Wichtigkeit ist, in verstärktem Maße prävalent. Am meisten herrscht das weibliche Geschlecht in Berlin, Bremen, Hohenzollern, Waldeck und Schlesien vor.

* [Socialistische Denkschrift.] Die von der sozialdemokratischen Partei beabsichtigte Herausgabe einer Denkschrift ähnlich des jahrlängigen Bestehens des Socialistenfests stößt auf Schwierigkeiten. Es sollten darin alle auf Grund des Ausnahmegesetzes erfolgten Ausweisungen, Verurtheilungen, Vereinsabschließungen, Versammlungs- und Schriftenverbote, Versammlungsauflösungen, kurz, alle auf Grund des Socialistenfests getroffenen Maßregeln zusammengefaßt werden. Dieser Plan erwies sich, dem „Hann. Cour.“ zufolge, als unausführbar; nicht einmal alle in den ersten Jahren seines Bestehens erfolgten Ausweisungen konnten festgestellt werden, noch weniger seien die Auflösungen und Versammlungsverbote an irgend einem Orte aufgezeichnet worden. Wenn daher die Herausgabe der Denkschrift nicht völlig unterbleibt, so ist jedenfalls an ihr Erscheinen in der geplanten Gestalt und inhaltlichen Ausdehnung nicht zu denken.

* [Die combinirbaren Rundreisebillets.] Man schreibt der „Pos. Jtg.“: Von der gewaltigen Entwicklung, welche die Einrichtung der combinirbaren Rundreisebillets seitens des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen in dem kurzen Zeitraum seit Mai 1884 genommen hat, gibt die nachstehende vom Verein aufgestellte Statistik über die Ergebnisse des Verkehrs mit combinirbaren Rundreisebillets im Jahre 1887 berichtet Zeugnis: An dem Verkehr sind beteiligt gewesen 73 Eisenbahnverwaltungen mit einer Gesamtstreckenlänge von 57 844 Kilom. Auf die preußischen Staatsbahnen entfallen hiervon 19 037 Kilom. verausgabt wurden zusammen 301 620 Billets einschließlich 4108 Kinderbillets. Von Ausgabestellen, welche den preußischen Staatsbahnen und den für Rechnung des preußischen Staates verwalteten Eisenbahnen unterstellt sind, wurden 152 360 Billets einschließlich 2248 Kinderbillets, also mehr als die Hälfte, verausgabt. Die Gesamt-Einnahme betrug 16 068 474 Mk., wovon 7 540 553 Mk. auf die für Rechnung des preußischen Staates verwalteten Eisenbahnen entfallen. Die größte Einnahme wurde im Directionsbezirk Köln, linksrheinisch, mit 1 135 737 Mk. erzielt. Durchfahren wurden im ganzen 376 927 Kilom. auf den für Rechnung des preußischen Staates verwalteten Bahnen 184 390 109 Kilom.; hiervon entfallen die meisten Kilometer auf den Directionsbezirk Erfurt, nämlich 29 865 403 Kilom. Zur Zusammenstellung der ausgegebenen 301 620 Billets waren 4 791 821 Girokoupons erforderlich. Die Ausgabestellen der preußischen Staatsbahnen verbrauchten hiervon 2 396 283 Stück. Die Verbindlichkeit der Vereinsverwaltungen zur Aufrech-

erhaltung der Einrichtung der combinirten Rundreisebillets läuft bekanntlich mit Ende des Jahres 1889 ab. Diesen gewaltigen Ziffern gegenüber ist indessen gar nicht an eine Beschränkung oder gar Wiederbesetzung dieses Verkehrsmitte zu denken. In den maßgebenden Kreisen ist man denn auch tatsächlich gar nicht in Zweifel darüber, daß es gelingen wird, die Rundreisebillets auch über das Jahr 1889 hinaus zu erhalten.

Posen, 23. Aug. In Angelegenheit des letzten Staatspfarrers in der Provinz Posen, des Propstes Brenk zu Kosten, wird dem „Wielkopolskin“ von dort mitgetheilt: Der Vorstand der katholischen Kirchengemeinde habe Petitionen, welche mit hunderden von Unterschriften bedeckt waren, an den Oberpräsidenten und die königl. Regierung mit der Bitte gesendet, den Staatspfarrer zu befehligen. In diesen Tagen habe nun der Landrat des Kreises Herrn Brenk zu einer längeren Conferenz zu sich geladen, in welcher letzterer sich damit einverstanden erklärt habe, gegen Gewährung einer bestimmten Pension (das Blatt gibt jährlich 3000 Mk. an) die Pfarrstelle aufzugeben; wer jedoch diesen Betrag zahlen soll, das sei jetzt nicht bekannt.

Dresden, 23. August. Guten Vernehmen nach wird der Kaiser Wilhelm nächsten Montag zum Besuch des königlichen Hoses in Pillnitz eintreffen und Abends nach Berlin zurückkehren.

Aöln, 23. August. Der Prinz Friedrich Leopold traf im Auftrage des Kaisers zum Besuch der internationalen Gartenbau-Ausstellung heute Vormittag hier ein und wurde von einer zahlreichen Menschenmenge auf das herzlichste begrüßt.

Bern, 22. August. Der Wadländische Große Rath genehmigte die Umwandlung der Akademie in Lausanne in eine katholische Universität.

Frankreich.

Paris, 23. August. Die Regierung hat dem hiesigen türkischen Botschafter mittheilen lassen, daß sie den Artikel 10 der Suezcanal-Convention genau ebenso auslege, wie die türkische Regierung.

Der Kriegsminister Freycinet begleitet sich heute Abend nach dem Lager von Châlons.

England.

London, 21. Aug. Der bekannte Friedensapostel, Mr. Henry Richard, ist, wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, heute plötzlich in Treborth, Bangor, gestorben. Geboren im Jahre 1812, wirkte Mr. Richard mehrere Jahre als Prediger der (unabhängigen) Marlborough-Kirche in Southwark. Er war ein eifriger Befürworter von Schiedsgerichten als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. Von 1848–85 war er Sekretär der Londoner Friedens-Gesellschaft. Richard war Homeruler und ein Fürsprecher der gänzlichen Trennung von Kirche und Staat. Er vertrat er seit 1868 Merthyr Tydfil.

Rußland.

Petersburg, 20. August. Von den in großer Anzahl eingelaufenen Gesuchen von Juden um Aufnahme in die Universitäten können, wie der „Nov. Wr.“ mittheilt, in Kiew nur 20 und in Odessa nur 6 Gesuche Berücksichtigung finden.

Warschau, 21. August. Der landeskundliche Credit-Verein für das Königreich Polen hat, wie man der „Pos. Jtg.“ berichtet, wegen der Zahlungs-Rückstände für die zweite Hälfte des Jahres 1887 im März d. J. 3617 beliehene Güter zum Verkauf gestellt.

Amerika.

Rio de Janeiro, 23. August. Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern von der Reise nach Europa zurückgekehrt und von der Bevölkerung mit grossem Jubel empfangen worden.

Am 25. Aug.: Danzig, 24. Aug. M-A. 8.52. G-A. 4.56. U. 7.7. M-U. b. Tage.

Wetteraussichten für Sonnabend, 25. August, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Bedeckter Himmel, zeitweise sonnig, doch meist trüb mit Regensäulen bei schwachen bis mäßigen und auffrischenden Winden bei wenig veränderter Temperatur. Stellenweise Gewitter. Nachts und früh Nebeldunst.

* [Corvette „Luise“.] Gestern Nachmittag kam die Glattdock-Corvette „Luise“ (Commandant Corvetten-Capitän Claussen v. Tönk) in der hiesigen Meeressucht in Sicht, kreuzte daselbst bis zum Abend unter Segel und ging dann auf der Rhede vor Neufahrwasser vor Anker. Die „Luise“, welche bis Mitte September hier verbleiben soll, ist bekanntlich Uebungsschiff für die Schiffsjugend des 1. Jahrgangs.

* [Übungen der Erbschreiber.] Heute beginnen hier die zehnwöchigen Übungen von ca. 700 Erbschreibern. Die Übungspflichtigen aus der Dirschauer Gegend sind dazu schon eingetroffen, die Übungspflichtigen aus der Neustädter Gegend werden mit dem Personenzug der hinterpommerschen Bahn heute Nachmittag eintreffen.

* [Inspection.] Heute Vormittag fand auf dem großen Exercierplatz die Inspection der zur 3. Infanterie-Brigade gehörigen Regimenter Nr. 4 und 44 im Regiments-Exercieren durch den commandirenden General Herrn v. Kleist statt. Morgen soll die gleiche Inspection über die zur 4. Infanterie-Brigade gehörigen Regimenter Nr. 5 und 128 erfolgen.

* [Amtseinführung.] Seitens des kgl. Consistoriums ist der Superintendentur-Direktor Herr Archidiakonus Bertling mit der Einführung des Herrn Franz aus Straßburg in sein neues Amt als erster Pfarrer an der hiesigen St. Marienkirche beauftragt worden.

* [Lutherfestspiel.] Die Aufführung eines Lutherfestspiels durch Oblettanten, welche bereits im Frühjahr d. J. beabsichtigt war, damals aber wegen der Landesträuber unterblieb, wird jetzt hier statfinden. Für die erste Vorstellung ist Freitag, 31. August, gewählt worden und es sollen dann mehrere Wiederholungen folgen. Ursprünglich war bekanntlich das Lümpelmann'sche Festspiel gewählt worden; in Rücksicht auf die — unbedeutenden oder berechtigten — Angriffe, welche dasselbe bei seiner Berliner Darstellung gefunden hat, ist aber jetzt von diesem abgesehen und statt dessen das Herrig'sche Stück eingebürgert worden. Die Vorstellungen werden im allgemeinen Abends statfinden, nur am Sonntag, 2. September, wird, um Auswärts den Besuch zu erleichtern, das Festspiel um 4 Uhr Nachmittags beginnen und sozeitig geschlossen werden, daß die Rückfahrt schon mit dem 8 Uhr 4 Min. abgehenden Zuge erfolgen kann. Die königl. Eisenbahndirection in Bromberg hat sich bereit erklärt, für die Rückfahrt von Dirschau bis Bromberg einen Extrajug zu stellen, falls sich 30 Personen aus einem

Ort zur Theilnahme bereit erklären. Zur Benutzung dieses Zuges werden auf allen Stationen zwischen Bromberg und Dirschau Billets mit 50 Procent Preiserhöhung ausgegeben.

* [Turnfest.] Auf dem Gertrudenhofe versammelten sich heute die Schüler der hiesigen Volksschulen, um Nachmittags 1 Uhr ihren Marsch nach Jäckenthal zur Feier des Turnfestes anzureten. Sie zogen dahin in fast unabsehbar langem Festzuge, den unzählige Fahnen und Fähnchen schmückten und die Länge einer Militärkapelle, sowie zweier aus den jungen Turnern gebildeter Trommler- und Pfeiferkorps belebten.

* [Von der Weichsel.] Plehnendorf, 24. Aug.: Heutiger Wasserstand am Ober- wie am Unterpegel 3.60 Meter.

* [Stadtrathwahl.] Nachdem Herr Gerichts-Assessor Rahner in Königsberg die Annahme der auf ihm gefallenen Wahl als befoldeter Stadtrath dem Magistrat angezeigt hat, ist nunmehr seine Bestätigung beim hiesigen Regierungspräsidenten nachgesucht worden.

G. [Der ornithologische Verein] machte gestern Nachmittag eine Ausfahrt per Wagen nach Kahlbude, die (der sonstigen) Tendenz der Ausflüsse dieses Vereins entgegen diesmal ausdrücklich dem Vergnüglichen gewidmet war. Nach einer fast zweistündigen Fahrt auf der almählich bergan führenden Chaussée, von der aus man rechts und links herrliche Aussicht auf Wälder und das Thal hat, lange die Gesellschaft in dem Lent'schen Gasthause an, wo sieben in dem schattigen Garten der Kasse eingenommen wurde. Ein hierauf nach den Wasserfällen unternommener kurzer Spaziergang regte das Verlangen an, einen längeren Ausflug in die herrlichen Wälder des Raduna-Thales zu unternehmen, und es fand der Vorschlag, den Ausflug per Wagen nach Stangenwalde auszudehnen, sofort freudige Aufnahme. Nach einer 1/2-stündigen Fahrt wurde ein Seitenweg zu Fuß in die Wälder eingeschlagen. Auf diesem Gange konnte man erst recht die Schönheit der Wälder des Raduna-Thales bewundern. Der vorgerückte Abend mahnte leider für alle zu früh zur Heimkehr.

* [Abiturientenprüfung.] Heute fand die Entlassungsprüfung für die Oster-Abteilung des königl. Gymnasiums unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Raths Dr. Ar

Berliner Fondsbörse vom 23. August.

An der gestrigen Börse hatte sich nach offiziellem Schluss noch eine allgemeine Ermattung der Stimmung geltend gemacht, welche vielfach zu erheblichen Coursabschlägen führte. Auch heute eröffnete die Börse in schwächerer Haltung, wie denn auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen ungünstig lauteten. Gelegentlich einiger Schwankungen entwickelte sich das Geschäft stetig lebhaft. Der Kapitalsmarkt erwies sich verhältnismäßig fest für heimliche Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere nach schwächeren Eröffnung sich feststellen. Der Privatdiscon wurde mit 1 1/4 % notirt und Geld zu Prolongationszwecken wurde mit ca. 3 % gegeben. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditinstitute stetig lebhaft, seien schwächer

ein und schlossen nach vorübergehender Festigkeit wieder schwach; auch Franzosen und Lombarden waren milder, andere ausländische Bahnen etwas abgeschwächt und ruhig. Inlandische Eisenbahnen schwach. Von den fremden Fonds erschienen sowohl russische Werthe wie ungarische Goldrente und Italiener etwas abgeschwächt. Deutsche und preußische Staatsfonds, Pfandbriefe und inländische Eisenbahn-Obligationen ziemlich fest bei mäßigen Umläufen. Banknoten lagen schwach, wie auch viele Industriepapiere nachgeben musten. Die spekulativen Banknoten und Montanwerthe milder.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	108.30	Russ. 3. Orient - Anleihe	5	60.00
do.	3 1/2	103.80	do. 6. Anleihe	5	61.25
Konsolidirte Anleihe	..	107.30	Ruhr.-Polit. Schaf.-Obl.	4	80.80
do.	3 1/2	104.45	Ruhr. Cliautab.-Pfdbr.	4	88.30
Schatz-Schuldscheine	..	101.40	Italienische Rente	..	53.80
Ostpreu. Prov.-Oblig.	4	-	Rumanische Anleihe	..	97.00
Württem. Prov.-Oblig.	4	-	do. fundierte Anl.	6	106.40
Landsh. Centr.-Pfdbr.	4	103.60	do. amort. do.	5	94.00
Ostpreu. Pfandbriefe	3 1/2	101.50	Türk. Anleihe von 1888	1	14.50
Pommern. Pfandbr.	3 1/2	102.40	Germanische Gold-Pfdbr.	5	84.60
do.	4	102.10	do. Rente	5	82.30
Preußische neue Pfdbr.	4	102.90	do. neue Rente	5	83.10
do.	3 1/2	101.80			
Westpreu. Pfandbriefe	3 1/2	101.50			
do. neue Pfandbr.	3 1/2	101.50			
Pomm. Rentenbriefe	4	105.75			
Polnische do.	4	105.40			
Preußische do.	4	105.50			

Ausländische Fonds.

Osterr. Goldrente	5	92.50	Dani. Hypoth.-Pfandbr.	5	-
Desterr. Papier-Rente	5	80.35	Do. do.	3 1/2	97.30
do.	4 1/2	67.70	Do. do.	4	103.00
do.	4 1/2	68.50	Meiningen. Hyp.-Pfdbr.	4	103.00
Ungar. Eisenb.-Anleihe	103.25	2. Em.	Do. Nord.	4	102.50
do.	74.90	2. Em. u. 4. Em.	Do. Nord.	4	102.50
Ung. Ost.-Dr. 1. Em.	83.50	2. Em.	Do. Nord.	4	102.50
Kufl.-Engl. Anleihe	81.70	1. do.	Do. Nord.	4	102.50
do. do.	96.70	1. do.	Do. Nord.	4	102.50
do. do.	96.75	1. do.	Do. Nord.	4	102.50
do. do.	98.50	1. do.	Do. Nord.	4	102.50
do. do.	93.60	1. do.	Do. Nord.	4	102.50
do. do.	101.25	1. do.	Do. Nord.	4	102.50
do. do.	83.90	1. do.	Do. Nord.	4	102.50
do. Rente	103.50	1. do.	Do. Nord.	4	102.50
Russ.-Engl. Anleihe	91.40	1. do.	Do. Nord.	4	102.50
Russ. 2. Orient - Anleihe	60.25	1. do.	Do. Nord.	4	102.50

Montag Nachmittag 3 Uhr entließ unter schweren Schmerzen unser innig geliebter alter Ältester Sohn und Bruder, der Guts-Inspector von Mittel-Golmkuau Carl Steinhardt im Alter von 25 Jahren, welches wir tief betrübt anzeigen. (9884 A. Steinhardt und Frau, Lauenburg i. B., d. 20. Aug. 1888.)

Statt besonderer Meldung. Donnerstag, den 23. d. Ms. Morgens 7 Uhr, entließ uns unsere liebe kleine Erna im Alter von 5 Monaten, welches tief betrübt anzeigen. Woißt, den 24. August 1888. A. Steinhardt und Frau, 9883 S. Scenke.

Die zum Erweiterungsbau des Betriebs-Amts-Bgebäudes auf Bahnhof Danzig lege Thor erforderlichen

Maurer- und Zimmer-Arbeiten

sollen in 2 Loozen getrennt vergeben werden. Diesbezügliche Offeren sind bis zum Donnerstag, den 30. August 1888, Vormittags 11 Uhr dem unterzeichneten Betriebs-Amt einzureichen, wofolbt auch die Zeichnungen pp. einzuheften sind. Angebots-Formulare sind gegen Erstattung von 1 M. von unserm technischen Bureau zu beziehen. (9872)

Zum Erweiterungsbau des Betriebs-Amts-Bgebäudes auf Bahnhof Danzig lege Thor die Anlieferung von circa 150 000 hartgebrannten

Hintermauersteine (Normalformat) erforderlich. Offeren auf Lieferung vorliegender Quantums sind bis zum Donnerstag, den 30. August 1888, Vormittags 11 1/2 Uhr dem unterzeichneten Betriebs-Amt mit einem Probestein einzureichen. Danzig, den 21. August 1888.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Fleischconserven

als ganz vorzüglich und preiswerth wie folgt anzubieten:

Guppen:

Moc-Turtle-Guppe . . . per 1/2 Kilo-Dose M. 1,00
Bouillon, starke, mit Gelleys 0,60
Hühnersuppe m. Fleisch u. Klößen 0,75

Fischconserven:

Desiccate-Heringe ohne Gräten . . . per Dose M. 1,25
(in Tomaten, Bouillon, Genf- u. Mixed Pickles-Gaumen)
Marinirten Aal per 1/2 Kilo-Dose M. 1,50
Lachs 1,60

Röllmops, Russische Gardinen, Bratheringe, Anchovis, Neunaugen in Fäschchen oder Blechdosen billigst.

Fleischspeisen:

Schinken in Burgunder per 1/2 Kilo-Dose M. 1,50
Hammebraten 1,20
Kalbs-Cotelettes m. Champ. 1,50
Hasenbraten 1,50
Rehrbraten 1,75
Gänsebraten, jung 1,25
Entenbraten, jung 1,50
Papricawürste m. Kohlrabi 1,00
Beefsteak 1,20
Gulasch 1,40

Auswärtsige Fabrikate:

Condensirte Guppen (Fleischerfract) in Tafeln à 25 Pf. Beihfabrikate zum schnellen Bereiten von wohlsmekenden Mehlsuppen, wie: Hafser, Gersten, Linsenmehl u. Maizena in 1/2 und 1/2 Pfd. Tafeln à 1/2 Pfd. 60 Pf.
Condensirte Milch in Dosen 70 Pf. Eibswurst pr. St. 70 Pf.
Die verschiedensten Marken Deutscher und Holländischer Cacaosorten. Deutsche und Englische Biscuits.

Hochfeinen alten Rum und Rothwein, ferner Danziger, auswärtsige und ausländische Liqueure in den vorzüglichsten Qualitäten ständig auf Lager.

Hochachtungsvoll

J. G. Amort Nachfl., Hermann Lepp.

9894

Mein Pianoforte-Magazin erhielt soeben u. a.

ein Pianino von Ad. Knöchel-Berlin

eines Schülers von C. Beckstein.

Knöchel ist schon als junge Firma 1883 auf der Weltausstellung in Amsterdam mit der goldenen Medaille – für beste Klaviere – prämiert worden.

Vorüglicher einschmeichelnder Ton; kreuzförmig mit versilbertem

Eisenrahmen; Nickelstimmstock; Pariser Patentmechanik; billiger Preis.

Constantin Siemssen. (9877)

Postkarten mit farb. Ansichten

von Danzig, Oliva, Joppot und Westerplatte in reicher Auswahl zu haben in jeder größeren Papierhandlung und bei

Gebr. Zeuner,

Lithogr. Anstalt, Hundegasse 49.

9307

Um schleunigst mein Judentl., Gold-, Silber-, sowie

goldene und silberne Uhren- und Alsenide-Lager zu räumen verkaufe ich 30 Proc. unter dem Verkaufspreise. (9823)

Albert Neumann.

Echt chines. Tee

bei Jacob h. Loemissohn, 9. Wollwebergasse 9.

Photogr. Rahmen

bei Jacob h. Loemissohn, 9. Wollwebergasse 9.

Nr. 4711

Eau de Cologne

und Glycerin-Seifen

hält in echter Waare nichts vorräthig. (9823)

Albert Neumann.

Goldschmiedegasse 5.

Total-Ausverkauf.

Um schleunigst mein Judentl., Gold-, Silber-, sowie

goldene und silberne Uhren- und Alsenide-Lager zu räumen verkaufe ich 30 Proc. unter dem Verkaufspreise. (9823)

M. H. Rosenstein.

Goldschmiedegasse 5.

Goldschmiedegasse 5.

Um schleunigst mein Judentl., Gold-, Silber-, sowie

goldene und silberne Uhren- und Alsenide-Lager zu räumen verkaufe ich 30 Proc. unter dem Verkaufspreise. (9823)

M. H. Rosenstein.

Schoenbuscher Märzen-Bier,

Königsberg in Pr.

feinstes Tafelbier,

empfiehlt 30 Flaschen für Mark 3,00.

in Gebinden zu Brauereipreisen, die alleinige Niederlage von

Oscar Voigt, Langenmarkt 13.

1243)

Der Privatdiscon wurde mit 1 1/4 % notirt und Geld zu Prolongationszwecken wurde mit ca. 3 % gegeben. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditinstitute stetig lebhaft, seien schwächer

ein und schlossen nach vorübergehender Festigkeit wieder schwach; auch Franzosen und Lombarden waren milder, andere ausländische Bahnen etwas abgeschwächt und ruhig. Inlandische Eisenbahnen schwach. Von den fremden Fonds erschienen sowohl russische Werthe wie ungarische Goldrente und Italiener etwas abgeschwächt. Deutsche und preußische Staatsfonds, Pfandbriefe und inländische Eisenbahn-Obligationen ziemlich fest bei mäßigen Umläufen. Banknoten lagen schwach, wie auch viele Industriepapiere nachgeben musten. Die spekulativen Banknoten und Montanwerthe milder.

Am gestrigen Börse hatte sich nach offiziellem Schluss noch eine allgemeine Ermattung der Stimmung geltend gemacht, welche vielfach zu erheblichen Coursabschlägen führte. Auch heute eröffnete die Börse in schwächerer Haltung, wie denn auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen ungünstig lauteten. Gelegentlich einiger Schwankungen entwickelte sich das Geschäft stetig lebhaft. Der Kapitalsmarkt erwies sich verhältnismäßig fest für heimliche Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere nach schwächeren Eröffnung sich feststellen. Der Privatdiscon wurde mit 1 1/4 % notirt und Geld zu Prolongationszwecken wurde mit ca. 3 % gegeben. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditinstitute stetig lebhaft, seien schwächer

ein und schlossen nach vorübergehender Festigkeit wieder schwach; auch Franzosen und Lombarden waren milder, andere ausländische Bahnen etwas abgeschwächt und ruhig. Inlandische Eisenbahnen schwach. Von den fremden Fonds erschienen sowohl russische Werthe wie ungarische Goldrente und Italiener etwas abgeschwächt. Deutsche und preußische Staatsfonds, Pfandbriefe und inländische Eisenbahn-Obligationen ziemlich fest bei mäßigen Umläufen. Banknoten lagen schwach, wie auch viele Industriepapiere nachgeben musten. Die spekulativen Banknoten und Montanwerthe milder.

An der gestrigen Börse hatte sich nach offiziellem Schluss noch eine allgemeine Ermattung der Stimmung geltend gemacht, welche vielfach zu erheblichen Coursabschlägen führte. Auch heute eröffnete die Börse in schwächerer Haltung, wie denn auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen ungünstig lauteten. Gelegentlich einiger Schwankungen entwickelte sich das Geschäft stetig lebhaft. Der Kapitalsmarkt erwies sich verhäl